

# Internationale Gewerkschaftsbewegung

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **2 (1910)**

Heft 8

PDF erstellt am: **13.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Tendenzen zur Beschränkung der freien Konkurrenz zu stärken. Diese Tendenzen entstehen in der Industrie selbst. Je grösser die Masse des fixen Kapitals, desto grössere Hindernisse stellen sich der Ausglei chung der Profitraten entgegen. Insbesondere in der Sphäre des grössten Kapitals, wo der Kapitalzufluss durch die Aktienform überaus erleichtert und der Abfluss durch den grossen Umfang des fixen Kapitals überaus erschwert wird, und in den Sphären des kleinsten Kapitals, wohin sich alle Kapitalien drängen, die in den entwickelteren Sphären nicht mehr konkurrenzfähig sind, wird die Profitrate gesenkt. Ueberdies entstehen im Wechsel der Konjunktur empfindliche Verschiedenheiten der Profitrate zwischen den die Rohstoffe produzierenden und den diese Rohstoffe verarbeitenden Unternehmungen: in Zeiten der Prosperität schmälern die hohen Rohstoffpreise den Gewinn der Verarbeiter, in den Zeiten der Depression die niedrigen Preise den Gewinn der Rohstoffproduzenten. Es entsteht daher in der Industrie selbst die Tendenz, dem Sinken der Profitrate durch Beschränkung der Konkurrenz entgegenzuwirken. Diese Tendenz führt zur Bildung von Interessengemeinschaften (Verbindung mehrerer selbständiger Unternehmungen durch Verträge) und zu Fusionen (Verschmelzung mehrerer Unternehmungen zu einem Unternehmen). Dabei handelt es sich entweder um Verknüpfung gleichartiger Unternehmungen, deren Aufgabe es ist, die Konkurrenz zu beschränken und die Vorteile der grösseren Unternehmung auszunützen, oder um Kombinationen, Verbindung von Rohstoffproduzenten mit den die Rohstoffe verarbeitenden Unternehmungen, deren Aufgabe es ist, das Schwanken der Profitrate infolge ungleichmässiger Bewegung der Rohstoffpreise und der Preise der Fertigfabrikate zu beseitigen. Alle diese Verbindungen streben nach dem Monopol auf dem Markte. Die monopolistischen Interessengemeinschaften nennen wir Kartelle, die monopolistischen Fusionen Trusts. Das Monopol ist erreicht, wenn das Kartell oder der Trust jenen Teil der Produktion beherrscht, der in allen Phasen der Konjunktur, auch in der Depression zur Deckung der Nachfrage erforderlich ist. Die Mehrerzeugung, die während der Prosperität erfordert wird, kann den Outsiders überlassen bleiben. In der Prosperität verkaufen auch sie zum Kartellpreis; in der Depression setzt das Kartell den Preis auf seinen Produktionspreis herab, während die mit höheren Kosten arbeitenden Outsider zu diesem Preis nur noch mit Verlust arbeiten können.

Die Tendenz zur monopolistischen Organisation der Industrie wird durch die Entwicklung des Finanzkapitals gestärkt. Die Banken fördern

die Monopolbildung, da sie gleichzeitig an verschiedenen konkurrierenden Unternehmungen interessiert sind; sie nützen ihre Macht über die industriellen Unternehmungen aus, um den Zusammenschluss herbeizuführen; sie erschweren durch Kreditverweigerung die Entstehung von Outsiders. So organisiert das Finanzkapital die Kartelle und Trusts, die dann ihrerseits den Handel ausschalten oder sich unterwerfen. Je grösser aber diese industriellen Gebilde werden, desto grössere Anforderungen werden auch an die Banken gestellt; die von den Banken geförderte Konzentration der Industrie gibt der Konzentrationstendenz im Bankwesen selbst neuen Anstoss. Denken wir uns diese Entwicklung bis zu ihrem theoretischen Endpunkt fortgeführt, so kommen wir zu einem Generalkartell, das von einer Generalbank beherrscht wird. Die ganze kapitalistische Gesellschaft wird bewusst geregelt durch eine Instanz, die das Ausmass der Produktion in allen ihren Sphären bestimmt und durch die Preisfestsetzung den Arbeitsertrag auf die Kartellmagnaten einerseits, auf die Masse aller anderen Gesellschaftsmitglieder andererseits verteilt. Die Anarchie der Produktion wäre hier beseitigt; wir hätten eine bewusst geregelte Gesellschaft in antagonistischer Form. Natürlich ist es undenkbar, dass die Entwicklung bis zu ihrem theoretischen Endpunkt fortschreitet. Lange bevor er erreicht wird, wird der Druck der Kapitalmagnaten unerträglich. «Die Expropriateurs werden expropriert...»



## Internationale Gewerkschaftsbewegung.

### Ein Riesenkampf auf den deutschen Seeschiffswerften.

Ein für die deutschen Arbeiterorganisationen sehr wichtiger Kampf ist auf den deutschen Seeschiffswerften ausgebrochen. Es handelt sich da um einen Konflikt, dessen Bedeutung derjenigen der Bauarbeitersperrung kaum nachsteht, der je nach der Weiterentwicklung der Dinge ebenfalls gewaltige Dimensionen annehmen kann.

Dabei sind zunächst beteiligt acht Arbeiterverbände, d. h. die der deutschen Metallarbeiter, der Holzarbeiter, der Schmiede, der Kupferschmiede, ferner die Verbände der Heizer und Maschinisten, der Schiffszimmerer, der Maler und Lackierer und der Verband der Fabrik- und gewerblichen Hilfsarbeiter.

Die Unternehmer sind organisiert im «Verband deutscher Metallindustrieller» und bilden als Unterverband den «Verein deutscher Seeschiffswerften». Diese Organisation hat bisher ein Verhandeln mit den Arbeiterorganisationen überhaupt abgelehnt. Aber auch Verhandlungen mit der Arbeiterschaft des Betriebs gab es nicht. Es gab bisher nur «Anordnungen» und «Befehle» der Direktion respektive der Betriebsleitung, und wer diesen «Befehlen» nicht ohne weiteres nachkam, wurde unweigerlich bestraft. Auf der letzten Konferenz der Werftarbeiter wurden einige besonders krasse Fälle dieser Art bekannt gegeben. So wurden zum Beispiel auf einer

Werft in einer Woche 120 Ueberstunden geleistet. Dass bei einer derartigen Arbeitsdauer der Körper der Arbeiter zusammenbrechen muss, ist allzu begreiflich, vor allen Dingen wenn man bedenkt, wie schwer die zu leistende Arbeit ist, dass Hitze und Rauch in der Regel im Uebermass vorhanden sind und die Luft geradezu verpestet ist. Wer aber, weil seine Körperkräfte versagten, die Ueberstunden verweigerte, wurde in Strafe genommen. In vielen Fällen beträgt diese einen halben Tagesverdienst, aber auch die Entlassung aus diesem Anlass ist keine Seltenheit.

Auf den Werften sind die verschiedenen Lohnsysteme in Geltung. In bunter Reihenfolge wechseln Lohnarbeit, Lohnakkord und Akkordarbeit miteinander ab. Die Lohnsätze, die Akkordsätze und die Einstellungslohne werden von der Betriebsleitung — den Meistern und Ingenieuren — ohne Anhörung der Arbeiter festgesetzt. Den Arbeitern ist es freigestellt, sich gegen die Anordnungen der Meister und des Kalkulationsbureaus bei der Direktion zu beschweren. Die Beschwerden müssen durch die Arbeiterausschüsse vorgebracht werden. Wehe aber dem Mitglied des Arbeiterausschusses, das sich erlaubt, die Interessen seiner Kollegen energisch zu vertreten und den Sachverhalt wahrheitsgemäss zu schildern, das sich sogar beikommen lässt, Missstände im Betrieb zur Sprache zu bringen, vielleicht darauf verweist, wie seitens der Meister oder Ingenieure mit dem Material geludert wird — die Entlassung ist ihm sicher. Die Arbeiterausschüsse auf einer ganzen Anzahl Werften sind aus diesem Grunde mit Leuten besetzt, die eine energische Vertretung der Arbeiterinteressen vermissen lassen. Ueber die vorgebrachten Beschwerden entscheidet die Direktion selbstständig. Eine Abänderung der Entscheidungen gibt es nicht, damit nicht etwa der Gedanke auftauchen könnte, als wenn man den Arbeitern auch nur im geringsten nachgegeben hätte. Die wegen der Beschwerden entlassenen Arbeiter werden sechs Wochen lang von anderen Werften nicht eingestellt, wenn sie nicht als « Hetzer » von der Einstellung dauernd ausgeschlossen bleiben. Das Kontrollmittel bieten die Massregelungsinstitute, genannt « Arbeitsnachweise » der Industriellen. Jeder Arbeiter, der eingestellt wird, muss in Hamburg den berüchtigten « Krayenkamp-Arbeitsnachweis » passieren, und auch die anderen Seeschiffswerften stellen einen Arbeiter nur dann ein, wenn er einen Schein vom Industriellennachweis erhält. Wer sich « unbotmässig » gezeigt hat, erhält einen Schein nicht und ist darum von der Einstellung ausgeschlossen. Bei Vergebung der Arbeiten werden diejenigen mit der lohnendsten Arbeit bedacht, die sich liebedienlich erweisen. Wenn jemand im Geruch steht, organisiert zu sein, und es sind nichtorganisierte Leute vorhanden, welche die besser bezahlte Arbeit irgendwie leisten können, dann darf er sicher sein, diese nicht zu bekommen. Die Speichelleckerei wird systematisch gezüchtet. Es sei nur darauf verwiesen, mit welchem Eifer die Werftgewaltigen sich die Gründung von gelben Organisationen angelegen sein liessen. In Kiel ging man sogar so weit, diesen den Arbeitsnachweis zu übertragen. Im Reichstag wurde diese Misswirtschaft zur Sprache gebracht, weil auch die kaiserliche Werft daran beteiligt war. Die Erregung der Arbeiterschaft über alle diese Dinge steigerte sich immer mehr und machte sich seit einer Reihe von Jahren in einer ganzen Anzahl unüberlegter Arbeitseinstellungen Luft. In jedem dieser Fälle drohte der « Verein der Seeschiffswerften » die sofortige Aussperrung aller organisierten Arbeiter an. Gelegentlich der Streikbewegungen einzelner Branchen in Bremen, Bremerhaven und Stettin wurde diese auch zum grossen Teile durchgeführt. Die Organisation der Arbeiter auf den Werften liess aber bis in die jüngste Zeit sehr zu wünschen übrig, und die Organisationsleitungen mussten darum befürchten, dass eine allgemein durchgeführte Aussperrung — durch welche

die Werftbesitzer die Zertrümmerung der Organisation erreichen wollten — die Arbeiter wieder für eine ganze Reihe von Jahren zur Machtlosigkeit verurteilen würde. Man musste darum wohl oder übel die einzelnen Arbeiterkategorien zur Wiederaufnahme der Arbeit veranlassen, um hierdurch die Aussperrungen rückgängig zu machen. In vielen Fällen machten die beteiligten Arbeiter den Organisationsleitungen aus diesen Anlässen den Vorwurf, dass ihnen der gute Wille fehle, die Verhältnisse der Werftarbeiter zu verbessern, und es wurde hierdurch der weitere Ausbau der Organisationen noch weiter erschwert. Bei erster bester Gelegenheit machte sich dann der Missmut der Arbeiter durch neue Arbeitseinstellungen bemerkbar.

Der gegenwärtige Kampf der Werftarbeiter dreht sich nun darum, bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen überhaupt ein Wort mitreden zu dürfen, er dreht sich darum, überhaupt zunächst einmal eine gewisse Regelung in die Verhältnisse zu bringen. Dass dieses nicht so leicht ist bei einem Unternehmertum, das den krassesten Standpunkt des « Herrn im Hause » vertritt, ist verständlich. Es gehörten darum erhebliche Vorarbeiten dazu.

In erster Linie mussten die Organisationen ausgebaut werden, wenn man auf einen Erfolg überhaupt rechnen wollte. In allen anderen Industrien ist die Agitationsmöglichkeit besser gegeben wie auf den Werften, weil hier sehr viele Berufe vertreten sind und demzufolge eine grosse Anzahl Organisationen in Frage kommt. Die hauptsächlichsten sind die Verbände der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Maler, Fabrikarbeiter, Schiffszimmerer, Heizer und Maschinisten, Schmiede und Kupferschmiede. Um die Agitation zu fördern und die Vorbereitung taktischer Massnahmen zu erleichtern, wurde vor einigen Jahren eine Zentralkommission für die Werften eingesetzt und es wurden Richtlinien für das Zusammenarbeiten der Organisationen geschaffen. Der Ausbau der Organisationen hatte inzwischen derartige Fortschritte gemacht, dass im Jahre 1907 beschlossen wurde, einen Vorstoss zur Verbesserung der Lage der beteiligten Arbeiter zu unternehmen. Bis dahin war auf den Werften noch allgemein die 60stündige wöchentliche Arbeitszeit üblich. Es gelang denn auch, für Hamburg die 56stündige und für die anderen beteiligten Orte die 57stündige Arbeitszeit und 2 bis 4 Pfennig Lohnerhöhung zu erreichen. Die Hamburg-Amerika-Linie verweigerte die Verkürzung der Arbeitszeit und konnte, weil inzwischen die Krise eingesetzt hatte und auch die Organisation in diesem Betriebe zu wünschen übrig liess, nichts unternommen werden, um dort die kürzere Arbeitszeit zu erreichen. Eine allgemeine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den übrigen Werften durchzusetzen, war ebenfalls nicht möglich. Seitens des Vereins der Seeschiffswerften sagte man eine Milderung der Strafbestimmungen, eine gewisse Regelung der Einstellungslohne, die Zahlung eines Aufschlags für Ueberstunden bei Akkordarbeit und einiges weitere zu, doch waren diese Zusagen in solch loser Form gehalten, dass sich damit in Wirklichkeit nichts anfangen liess. Die Garantie bestimmter Einstellungslohne, die Garantie eines bestimmten Lohnsatzes bei Akkordarbeit, wie jede feste Abmachung in anderer Richtung wurde entschieden abgelehnt. Die « Verhandlungen » wurden in der Weise geführt, dass die Unternehmer aus ihren Betrieben ihnen geeignet erscheinende nichtorganisierte Arbeiter neben den organisierten heranzogen und die Organisationsvertreter nur « gehört » wurden. Diesen wurden dann auch nur die Beschlüsse der Unternehmer mitgeteilt, und es hiess alsdann, diese im ganzen Umfang akzeptieren oder ablehnen. Eine Abänderung des einen oder anderen Punktes wurde von den Werftbesitzern verweigert. Wohl oder übel mussten die Arbeiter sich mit dem Gebotenen abfinden. Die Krise setzte dann auch

auf den Werften mit verheerender Schärfe ein. Wenn bei der Hochkonjunktur rund 40,000 Arbeiter beschäftigt wurden, ging deren Zahl im Jahre 1908 auf 19,000 in denselben Betrieben zurück, um bei dem im letzten Jahre sich bessernden Geschäftsgang sich nach und nach wieder zu steigern, so dass gegenwärtig 35,000 Arbeiter beschäftigt werden. Bei dem besseren Geschäftsgang versuchten die Arbeiter verschiedener Werftbetriebe entsprechend den gestiegenen Kosten der Lebenshaltung durch Eingaben eine Lohnaufbesserung zu erreichen. Dieses wurde jedoch kurzerhand abgelehnt. Worauf am 10. Juli eine Konferenz der deutschen Werftarbeiter die Aufstellung allgemeiner Forderungen beschloss, und zwar: Einführung der wöchentlichen 53stündigen Arbeitszeit, neben dem Lohnausgleich für Verkürzung der Arbeitszeit eine allgemeine Lohnerhöhung von 10 Prozent, Schaffung und Festlegung von Einstellungslohnen für die einzelnen Berufe, Sicherung eines bestimmten Verdienstes bei Akkordarbeit und Lohnakkord, gleichmässige Verteilung des Akkordüberschusses, Festsetzung der Abschlagszahlungen und der Zahlungstermine, Festsetzung der Aufschläge für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, sowie bei Wechselschicht. Endlich wurde gefordert, Arbeiter sollten nicht gezwungen werden können, länger als 18 Stunden hintereinander zu arbeiten!

Die Antwort der Unternehmer war eine ablehnende. Begründet wurde sie folgendermassen:

«Die Lage des deutschen Schiffbaues ist nicht derart, dass er irgendwelche Beunruhigung oder Massnahmen vertragen kann, welche geeignet sind, seine Leistungsfähigkeit zu beeinträchtigen. Wir weisen insbesondere darauf hin, dass noch in der letzten Zeit die für Neubauten erzielten Preise im Kriegsschiffbau wie im Handelsschiffbau so niedrig sind, dass eher eine Ermässigung als eine Erhöhung der Löhne daraus resultieren sollte», und «die anderen Punkte Ihrer Vorlage haben den Werften keine Möglichkeit gegeben, denselben zuzustimmen.»

Man erklärte sich aber bereit, wenn «in der Arbeiterschaft der Wunsch besteht», die Ablehnung der Forderungen mündlich begründet zu hören, mit ihren Vertretern zusammenzukommen.

Die Art der Ablehnung der Forderungen kam einer Provokation gleich, und die Arbeiter verzichteten begreiflicherweise darauf, eine solche auch noch persönlich entgegenzunehmen.

Eine weitere Werftkonferenz stellte es dann den Hamburger Werftarbeitern frei, zur Durchführung der Forderungen gegebenen Falles in den Streik zu treten.

Das ist inzwischen geschehen, und es befinden sich in Hamburg seit einiger Zeit rund 9500 Arbeiter im Kampfe. Als Antwort hierauf haben die Unternehmer beschlossen, 60 Prozent der Werftarbeiter in den Orten Bremen, Bremerhaven, Vegesack, Einswarden, Flensburg, Kiel, Lübeck, Rostock und Stettin auszusperrn. Dieser Beschluss wurde mit Ausnahme von Kiel, wo erst am 13. August die Aussperrung erfolgte, am 11. dieses Monats überall durchgeführt, und die nicht ausgesperrten Arbeiter haben sich ihren Kameraden sofort angeschlossen.

So befinden sich denn seit dem 11. August rund 33,000 Arbeiter im Kampfe, um der Willkür der Werftgewaltigen ein Paroli zu bieten. Sie kämpfen um das Mitbestimmungsrecht bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sie kämpfen um die Menschenrechte gegen brutalste Unterdrückung und Ausbeutung. Ob der Kampf eine weitere Ausdehnung nehmen wird, lässt sich heute noch nicht absehen. Möglich ist, dass die Machtgelüste des Metallindustriellenverbandes es zu einer umfangreichen Aussperrung auch im Binnenlande treiben, wenn sie sehen, dass die Arbeiter der Werften nicht zu Kreuze kriechen, und das werden sie nicht! Geschlossen wie ein Mann stehen sie zusammen, die Werke ruhen vollständig. Die wenigen Arbeitswilligen und Lehrlinge

werden zum Aufräumen verwendet. Die bürgerliche Presse steht vollständig auf Seite der Werftgewaltigen und keine Stimme aus dem bürgerlichen Lager erhebt sich zugunsten der Arbeiterschaft. Diese weiss aber, dass das deutsche Proletariat geschlossen hinter ihr steht in ihrem Kampfe für mehr Freiheit und Brot. Und möge der Kampf ausgehen wie er will, er wird in Tausende Gehirne auf neue die Erkenntnis einprägen: es gibt keine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit!

### Aus der französischen Bewegung.

Die Lohnbewegung der französischen Eisenbahner scheint unvermeidlich zum Generalstreik der Eisenbahner zu führen. Zweimal hat der Zentralverband der Eisenbahner die Kompagnien um Unterhandlungen unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten ersucht und zweimal haben die Kompagnien nicht geantwortet. Am 17. Juli tagte der erweiterte Vorstand des Eisenbahnerverbandes, um in geheimer Sitzung über die Situation zu beraten. Der Sitzung wohnte auch der Sekretär der Föderation der Lokomotivführer und -Heizer bei.

Der letzte Kongress des Eisenbahnerverbandes (siehe Nr. 5, II. Jahrgang, der «Gewerkschaftlichen Rundschau») hatte ein Streikkomitee gewählt, deren Mitglieder geheim gehalten werden — und ihm Vollmacht erteilt, zum geeigneten Zeitpunkt den Generalstreik zu erklären. Die Sitzung des erweiterten Vorstandes bestätigte diese Vollmacht. Weiter ist über die Beratungen nichts bekannt geworden. Es kann jedoch angenommen werden, dass vor dem Kongress der Föderation der Lokomotivführer und -Heizer, der vom 3. bis 5. August stattfinden wird, eine Streikerklärung nicht erfolgt. Diesem Kongress wird eine Statutenänderung zur Beratung unterbreitet werden, wonach zwischen dem Eisenbahnerverband und der Föderation der Lokomotivführer und -Heizer ein Kartellverhältnis für Lohnkämpfe geschaffen wird...

Der Eisenbahnerverband, der am Jahresschluss rund 60,000 Mitglieder zählte, hat in den letzten Wochen einen ausserordentlichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Im Durchschnitt vollzogen fast 2000 Mitglieder pro Woche ihren Eintritt. Die Föderation der Lokomotivführer und -Heizer zählt ungefähr 15,000 Mitglieder. Das gesamte Personal der französischen Eisenbahnen zählt etwa 300,000 Köpfe. Die Forderungen der Eisenbahner werden vornehmlich damit begründet, dass ihre Löhne seit 15 Jahren fast die gleichen geblieben sind, während die Lebensverhältnisse sich um 25% verteuert haben. Zweifellos sind die Löhne von 3 und 4 Fr. täglich völlig unzureichend. Die Eisenbahngesellschaften haben wohl angesichts der wachsenden Bewegung hie und da geringfügige Lohnerhöhungen für einzelne Kategorien angekündigt, sonst aber nichts getan, um der Forderung entgegenzukommen. In dieser Haltung werden sie durch die Regierung noch bestärkt.

Die Regierung hat sich zwar bereit erklärt, an den vorgeschlagenen Verhandlungen teilzunehmen, auch eine Anfrage an die Eisenbahngesellschaften über die gezahlten Löhne gerichtet, sonst aber nichts getan, um zu vermitteln. Dagegen hat sie die *Mobilisierung der Eisenbahner* für den Fall eines Streiks organisiert. Diese Massregel hat eine grosse Erregung unter den Eisenbahnern erzeugt. Welche *Wirkung* sie haben würde, falls es doch noch zum Streik kommen sollte, ist allerdings eine andere Frage. Die Eisenbahner brauchten gar nicht zu streiken, sondern sich nur gewissenhaft nach allen Reglementen zu richten, um den Verkehr lahmzulegen. Das haben seinerzeit die österreichischen Eisenbahner gezeigt. Kommt es aber zum Streik und dann zur Mobilisierung — die ja auch nur die noch militärpflichtigen Eisenbahner treffen kann — dann brauchen die Eisenbahner nur dieses Mittel anzuwenden. Folgen sie aber der Mobilisierungsbefehl *nicht*,

was dann? Man kann unmöglich 200,000 Mann in die afrikanischen Strafkolonien schicken. Täte man es aber, wer würde dann den Eisenbahndienst versehen? Aber auch wenn die Eisenbahner als Soldaten ihren Dienst tun würden, wäre die Situation nicht haltbar. Wie man es auch dreht, die angedrohte Vergewaltigung ist keine Lösung des Problems.

Der *französische Bucharbeiterverband* hielt vom 18. bis 23. Juli seinen Kongress ab. Er zählt gegenwärtig 11,391 Mitglieder gegen 10,788 vor 5 Jahren. Sein Vermögen beträgt in der Hauptkasse 226,644 Fr. Diese Organisation unterscheidet sich besonders dadurch von den meisten französischen Gewerkschaften, dass sie ein *Zentralverband* von Mitgliedern und nicht eine Föderation von Syndikaten ist. Auch in seinen Tendenzen steht der Bucharbeiterverband auf dem *rechten* Flügel der Gewerkschaften. Der grösste Teil der Debatten wurde mit dem Streit der syndikalistischen Minderheit und dem Zentralvorstand über die Taktik der Organisation ausgefüllt. Der Zentralvorstand behielt die Dreiviertelmehrheit. Der Kongress, dem ausser den Vertretern des Papierarbeiter- und des Lithographenverbandes auch der internationale Sekretär *Stautner*-Stuttgart beiwohnte, sprach sich für ein engeres Zusammengehen zwischen den drei genannten Verbänden aus, lehnte jedoch die Verschmelzung als noch zu verfrüht ab. Die wesentlichste Statutenänderung ist, dass künftig auch die *Arbeiterinnen* zugelassen werden sollen.

Der *Bauarbeiterverband* schliesst das erste Halbjahr mit einer glänzenden Mitgliederzunahme ab. Er zählte am 1. Juli über 86,000 vollzählende Mitglieder gegen 59,000 am 1. Januar. 77 Syndikate traten in diesem Zeitraum bei oder wurden neugegründet. Die Streikbewegung war eine sehr lebhaft, so dass die vorhandenen Mittel trotz der enormen Mitgliederzunahme bei weitem nicht ausreichten, um die Streikenden genügend zu unterstützen, zumal die Organisation noch genötigt ist, auch die Unorganisierten zu unterstützen. So musste, hauptsächlich wegen Mangel an Mitteln, der Pariser Schlosserstreik abgebrochen werden, an dem nahezu 15,000 Arbeiter beteiligt waren, während vor dem Streik nur 150 Organisierte vorhanden waren. Sonst aber war die Streikbewegung besonders in der Provinz im allgemeinen eine sehr erfolgreiche.

Der *französische Gewerkschaftskongress* wird vom 3. bis 10. Oktober in *Toulouse* stattfinden. Ueber die sehr reichhaltige Tagesordnung werden wir noch berichten.

Paris, 26. Juli.

Josef Steiner.

## Der Zentralverband finnischer Gewerkschaften.

### II.

Im September tagte der erste Kongress der um den Zentralverband organisierten Gewerkschaften. Auf dem Gewerkschaftskongress von Tammerfors 1907, wo der Beschluss zur Gründung des Zentralverbandes gefasst wurde, waren 36 Gewerkschaften mit 16,316 Mitgliedern vertreten, darunter 1893 Frauen und 465 Lehrlinge. Doch hatten alle Vertreter nicht die Vollmacht, sich gleich der Zentrale anzuschliessen. Der Zentralverband trat den 1. Mai 1907 ins Leben. Am Ende des Jahres waren 18 Verbände und 5 Lokalorganisationen ihm beigetreten. 1908 traten weitere 9 Verbände und 1 Lokalorganisation bei. Anfang 1909 traten noch 3 Verbände und 1 Lokalorganisation hinzu. Die Zahl der Mitglieder betrug 22,034, die der einzelnen Organisationen 691.

Dem Zentralverbande gehören folgende Gewerkschaftsverbände an: Glasarbeiter, Lederarbeiter, Wasser- und Wegebauarbeiter, Buchbinder, Holzarbeiter, Schneider, Sattler Taucher, Sägereiarbeiter, Papierindustriearbeiter, Schuhmacher, Gold- und Silberarbeiter, Bäckereiarbeiter, Steinarbeiter, Hafenarbeiter, Textilarbeiter, Schneiderinnen, Metallgiesser, Töpfer und verwandte Gewerbe, Metallar-

beiter, Nördliche Flössereiarbeiter, Rohrzieher, Elektrizitätsarbeiter, Journalisten der sozialdem. Presse, Spengler, und Kupferschmiede, Buchdrucker, Metalldreher, Hilfsarbeiter, Maurer und Arbeiter der Werkstätten der Staatseisenbahnen.

Die grosse Arbeitslosigkeit und überhaupt die schlechte Konjunktur bedingte, dass die Zahl der Mitglieder merklich zurückging, während die Zahl der Organisationen wuchs. Folgende Zahlen sollen uns das veranschaulichen:

	1907	1908	1909	1909
	1. Jan.	1. Jan.	1. Jan.	1. Juli
Mitglieder	12,246	25,197	24,009	22,034
Organisationen	253	470	608	691

Der Zuwachs der Organisationen ist ein sicherer Beweis dafür, dass das Verständnis von der Bedeutung des Organisierens sich immer mehr Bahn bricht und dass die Reihen der Organisationen sich mit der bessern Konjunktur mächtig füllen werden.

Auf einer norwegischen Arbeiterversammlung in Kristiania wurde 1907 folgender Grundsatz ausgesprochen: « Ein gewerkschaftlicher Zentralverband kann während eines gewerkschaftlichen Kampfes auch dann kein gleichgültiger Zuschauer bleiben, wenn die kämpfenden Arbeiter nicht zum Verbands gehören. Die öffentliche Meinung macht stets die organisierten Arbeiter eines Landes für die Begleiterscheinungen und den Ausgang des Kampfes verantwortlich, ob sie dazu berechtigt ist oder nicht. Sie kennt nicht, oder will nicht die Grenzen anerkennen, bis wie weit die Organisationen nach aussen hin einen Einfluss auszuüben imstande sind und dass die ausserhalb des Zentralverbandes stehenden Organisationen und Verbände ihre Beschlüsse vollständig unabhängig von dem Zentralverband fassen. » Der finnische Zentralverband hat sich diesen Standpunkt zu eigen gemacht.

Bald nach der Gründung des Zentralverbandes drohte in den zahlreichen, grossen Sägereien von Kotka eine Riesenaussperrung. Diese Arbeiter gehörten noch nicht zum Zentralverbande. Dennoch glaubte derselbe sich ins Mittel legen zu sollen und es kam ein Vertrag zustande, der den Arbeitern über die zwei Krisenjahre hinweg zu helfen vermochte. Ebenso war es mit dem grossen, Monate hindurch dauernden Streik einer grossen Papierfabrik (Walkiakoski), welcher ohne die Vermittlung des Zentralverbandes den Arbeitern verloren gegangen wäre. Jetzt kam aber auch hier ein Vertrag zustande.

1908 kam es zu Metallarbeiterstreiks in Tammerfors und Pietarsaari, die zu einer 6 Wochen dauernden Aussperrung führten, die erste grössere Aussperrung in Finnland. Hier war der Kampf sehr schwer. Dennoch wurde ein Tarifvertrag endlich für die betreffenden Orte errungen und auch eine Einigung bezüglich der Beendigung der Aussperrung wurde erzielt. Um dieselbe Zeit brach der Kampf in vier Papierfabriken aus. Die Unternehmer strebten von der dreischichtigen Arbeitsordnung auf zwei Schichten zurückzukehren. Der Kampf dauerte vom 15. November 1908 bis zum 1. Mai 1909 und endete mit der Niederlage der Arbeiter.

Gleich zu Anfang 1909 wurden die Metallarbeiter von Helsingfors ausgesperrt. Sie war nicht abzuwenden, da die Arbeitgeber sie haben wollten. Da sie fürchteten, die Arbeiter könnten ihre elenden Bedingungen dennoch akzeptieren, wodurch sie der guten Gelegenheit, die Aussperrung durchzuführen, verlustig gingen, handelten sie geheim und schnell. Der Kampf dauerte 19 Wochen und endete ebenfalls mit dem Verlust der Arbeiter. Die schlechte Konjunktur führte den Unternehmern einheimische und noch mehr russische Streikbrecher zu.

Es waren schwere Kämpfe in schwerer Zeit. Die Zahl der Arbeitslosen war schrecklich gross. Die Mitglieder des Zentralverbandes mussten schwere Opfer bringen. In den Jahren 1908 und 1909 hatten die arbeitenden Genossen

einen Streikbetrag von 8 Franken, und die Genossinnen 4 Franken jährlich zu zahlen.

Die letzten Monate vor dem Kongresse waren ruhiger. Aber die Riesenaussperrung in Schweden wirkte um so aufregender. Darauf konnten die schwedischen Arbeiter nur mit dem Generalstreik antworten. Der finnische Zentralverband konnte nur eine Kollekte veranstalten. Und als der Kampf sich sehr ausdehnte, empfahl der Zentralverband einen ausserordentlichen Wochenbeitrag von 25 Centimes vom 7. Oktober ab. Bis zum 1. Oktober hatte der Zentralverband den schwedischen Kämpfern als Beihilfe 32,006 Kronen (44,168 Fr.) übersandt. Der Zentralverband trat ganz ohne Mittel ins Leben. Aber am Ende des Jahres 1908 verfügte er schon über einen Kassenbestand von 19,523 Fr. und den 31. August 1909 23,180 Fr. Trotz der grossen und kostspieligen Kämpfe wuchsen die Kasseneingänge. Der Verband zahlte an Unterstützungen 1907 Fr. 300, 1908 Fr. 46,006 und 1909 bis zum 1. Juli Fr. 91,483.24, in Summa also Fr. 137,789.24. Die Gesamteinnahmen waren bis zum Kongress Fr. 233,783.97 und die Ausgaben Fr. 210,603.03. Die mit Schulden ins Leben gerufene Organisation steht jetzt nicht mehr mittellos da.

Schon 1908 stellte sich die Notwendigkeit heraus, mit ähnlichen Organisationen ausserhalb des Landes Verbindungen herzustellen. Die Arbeitgeber der skandinavischen Länder hatten sich gegen die Arbeiter vereinigt und auf dem Kongress der skandinavischen Zentralverbände im Herbst 1908 stellte es sich heraus, dass eine Verbindung zwischen den Arbeiterorganisationen dieser vier Länder herzustellen von besonderer Wichtigkeit war. Seitdem ist der Uebertritt der Arbeiter dieser Länder — Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland — in die Organisationen unter sich frei. Anfang 1909 trat der finnische Zentralverband auch dem internationalen Gewerkschaftssekretariat bei.

Der Septemberkongress 1909 gab der Organisierung neuen Schwung. Es waren 230 Abgeordnete beisammen. Das Bestreben, durch den Anschluss an den Zentralverband den Arbeitern einen grössern Rückhalt zu gewinnen, machte sich klar geltend. Der Verkehr zwischen den Verbänden, den Organisationen und dem Zentralverbande wurde so geregelt, dass die Organisationen über alle Streitigkeiten mit den Arbeitgebern dem Zentralverbande Mitteilung zu machen haben und dass Streiks ohne Einverständnis der Leitung des Zentralverbandes unzulässig sind. Damit der Zentralverband seiner Aufgabe besser nach kommen könne, wurde der Jahresbeitrag erhöht, und zwar haben zu zahlen die Arbeiter Fr. 1.20, die Arbeiterinnen 60, früher war der Beitrag 60 und 30 Centimes. Ferner wurde beschlossen, im Verlauf von 3 Jahren einen Unterstützungsfond von 150,000 Fr. zu gründen. Von anderen Beschlüssen sei noch angeführt die Errichtung eines finnischen Arbeitersekretariats und die Unterstützung der Parteischule, welche die sozialdemokratische Partei demnächst zu eröffnen gedenkt.

M. Martua.



## Verschiedenes.

### Sklavenstempel für Arbeiter.

Die infamste Zumutung, die sich jemals Unternehmer gegen Arbeiter erlaubt haben, leisten sich die englischen Rheder in Antwerpen und anderen festländischen Hafenstädten: sie drücken den von ihnen angeworbenen Arbeitern auf die innere Handfläche der rechten Hand unauslöschbare Stempel, durch die sie als Angestellte des Rhederverbandes mit den Buchstaben S. H. F. (Shipping Holders Federation) gekennzeichnet werden. Wie das Vieh auf den Märkten, wie die Sklaven in den finstersten Zeiten werden hier die freien Arbeiter des 20. Jahrhunderts

mit dem Stempel des „Eigentümers“ versehen. Alle Proteste der Seemannsorganisationen gegen diesen ungeheuerlichen Kulturskandal sind bisher vergeblich gewesen. Ueber ihren neuesten vergeblichen Schritt um Abhilfe wird aus London gemeldet: Der Handelsminister Sidney Buxton empfing eine Deputation von Seeleuten, die allerlei Beschwerden vorzubringen hatten. So beklagten sie sich insbesondere darüber, dass bei den Mitgliedern der Shipping Holders Federation, einer Vereinigung von Rhedern, die Unsitte eingerissen sei, ihre Dockarbeiter und Seeleute „abzustempeln“, was mit Gummistempeln geschieht. Der Handelsminister erklärte, er müsse diese Unsitte wohl als unwürdig verurteilen, könne aber amtlich nicht dagegen vorgehen. Ein Delegierter namens Wilson erklärte, dass niemand auf einem britischen Schiffe in Antwerpen Arbeit finden könne, wenn er nicht vorher „abgestempelt“ sei, wofür er von 5 bis 20 Schilling Gebühren an Heuerbasse zu entrichten habe. Etwa zehntausend Mann würden so alljährlich in Antwerpen allein für britische Schiffe „abgestempelt“. Der Minister sprach die Hoffnung aus, dass unter den „Abgestempelten“ wenigstens keine Briten wären, allerdings könne er aber auch dagegen nicht einschreiten.

In der Schweiz brauchen wir uns gegen derartige Massnahmen nicht zu wehren, so lange ungestempelte Sklaven, „Christliche“ genannt, sich haufenweise den Unternehmern anbieten!

### Eigenartiger Streik.

In der Stadt Donauwörth sind die Maulaufreisser in den Streik getreten. Das sind aber nicht etwa konservative oder klerikale Politiker, sondern durchaus wackere Männer, die während des Viehmarktes dem Vieh kunstgerecht das Maul aufreissen, damit der Tierarzt hineinsehen kann. Die Maulaufreisser verlangen statt 3 Mark in Zukunft 4 Mark Lohn.

Ein Erfolg wird diesem Streik wohl nicht beschieden sein. Es gibt der Leute zu viele, die sich, ohne es jemals gelernt zu haben, auf das Maulaufreissen trefflich verstehen. Diese Leute werden zu Streikbrecherdiensten sicher gern bereit sein.

### Die Dauer des ökonomisch produktiven Lebens.

Man kann im grossen und ganzen annehmen, dass die ökonomisch produktive Lebensperiode des Menschen mit dem 15. Lebensjahre anfängt und mit dem 60. aufhört. In ähnlicher Weise wie die durchschnittliche Lebensdauer lässt sich auch die durchschnittliche Dauer des ökonomisch produktiven Lebens einer Bevölkerung berechnen. In Conrads «Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik» berechnet Giorgio Mortete die mittlere produktive Lebensdauer. Im Deutschen Reich (1891 bis 1900) ist die mittlere produktive Lebensdauer der Neugeborenen 26,04 Jahre. Auf einzelne Staaten verteilt ist sie

in Preussen (1897 — 1904) . . .	27,5 Jahre
in Württemberg (1891 — 1900) . . .	23,9 »
in Bayern (1881 — 1890) . . .	22,4 »

In Berlin ist die mittlere produktive Lebensdauer kaum kürzer als in Preussen im allgemeinen (26,9 gegen 27,5). Dagegen bestehen grosse Unterschiede zwischen den einzelnen Provinzen und zwischen der ländlichen und städtischen Bevölkerung jeder Provinz. Der höchste Wert wird bei der ländlichen Bevölkerung von Schleswig-Holstein (32,3), der niedrigste bei der städtischen Bevölkerung Schlesiens (24,3) gefunden. Die mittlere produktive Lebensdauer nimmt in dem Grade zu, wie die allgemeine Sterblichkeit zurückgeht. Also bringt, wenn auch alle anderen Bedingungen gleich bleiben, die Abnahme der Sterblichkeit als unmittelbare